Stadtverwaltung · Postfach 10 06 61 · 40770 Monheim am Rhein

NABU
Monheim am Rhein
z. H. Herrn Frank Gennes
Sperberstr. 16
40789 Monheim am Rhein

Der Bürgermeister

Bereich Zentraler Service

Herr Frömmer
Bereichsleiter
Rathausplatz 2 · Raum 253
40789 Monheim am Rhein
Telefon: +49 2173 951-100
Telefax: +49 2173 951-25-100
mfroemmer@monheim.de

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
01.07.2019		10/Fr - oe	09.07.2019

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands

Sehr geehrter Herr Gennes,

ich bestätige den Eingang Ihrer Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen, in der Sie anregen, dass der Rat der Stadt Monheim am Rhein die dort formulierte Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands beschließt.

Gemäß § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein beschließt der Haupt- und Finanzausschuss über Anregungen nach § 24 der Gemeindeordnung. Die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein findet am 19. September 2019 um 17 Uhr im Ratssaal statt.

Ich werde Sie über das Ergebnis der Stellungnahme des Haupt- und Finanzausschusses zeitnah nach der Sitzung unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Frömmer

2. BM vor Abgang zur Kenntnis
3. TOP VV ~~HAFI~~ 19.09.
4. Durchschrift 61 Kraft Iwaks
5. 10.1 TO HAFI und b. R.

Sprechzeiten
Do 15.00 – 17.00 Uhr

Bankverbindung
Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN DE42 3005 0110 0087 0066 15
BIC DUSSDEDDXXX

USt-IdNr.
DE121396829

Stadt Monheim am Rhein
Rathausplatz 2
40789 Monheim am Rhein
Telefon: +49 2173 951-0
Telefax: +49 2173 951-899
E-Mail: info@monheim.de
www.monheim.de

DER BÜRGERMEISTER
DER STADT MONHEIM AM RHEIN
03. Juli 2019

NABU
Ortsgruppe Monheim am Rhein

An den
Bürgermeister
der Stadt Monheim am Rhein
Herrn Daniel Zimmermann

Anregung nach §24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen

Der Rat von Monheim am Rhein möge beschließen:

Die Stadt Monheim am Rhein unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)[1], wie sie in dieser Anregung niedergelegt ist.

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt:

Es ist Zeit zu handeln!

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)[1]

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO2-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

NABU
Ortsgruppe Monheim am Rhein

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Kommune erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:

- Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Kommune fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Kommune fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

1.7.19

Frank Gennes
NABU-Stadtbeauftragter für Monheim
Sperber-Straße 16
40789 Monheim am Rhein

1.7.19

Dr. Sabine Lorenz
NABU Monheim am Rhein
Ansprechpartnerin Klimaschutz
Rubensstraße 23
40789 Monheim am Rhein